

II-9032 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4544 1J

1989 -11- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Probst
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend behindertenfeindlicher U-Bahn-Bau in Wien

Am 5. Oktober 1989 wurde die "neue" U6 der Öffentlichkeit präsentiert. Neu ist jedoch lediglich die Linienbezeichnung, die Waggonen bleiben die alten; mit hohen Stufen und für viele Wiener unbenutzbar.

Besonders sensibel gewählt war der Ausgangspunkt der U6, die Station Michelbeuern. Diese Haltestelle wird in Zukunft das Allgemeine Krankenhaus an den Massenverkehr anbinden. Tausende alte und gebrechliche Wiener und Eltern mit kranken Kleinkindern werden als Patienten oder Besucher vor Waggonen stehen, die sie nur mit akrobatischem Aufwand erklimmen können. Ein anwesender Journalist und Rollstuhlfahrer verzichtete darauf, die vorbereitete Pressefahrt mitzumachen und sich von mehreren helfenden Kollegen in die Garnitur heben zu lassen. Auf den Vorhalt, daß in vielen europäischen Großstädten bereits perfekte Lösungen angeboten werden, wurde nicht eingegangen.

Die Tatsache, daß in den USA (derzeit laufen dort bereits in vielen Städten Autobusse, die auch durch Rollstuhlfahrer ohne Fremdhilfe benutzbar sind) am 8. September 1989 ein Gesetz verabschiedet wurde, welches regelt, daß alle amerikanischen Massenverkehrsmittel innerhalb der nächsten fünf Jahre auch behinderten Menschen zugänglich sein müssen, war dem Stadtrat kein Kommentar wert.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Sie sind unter anderem auch für soziale Belange zuständig - finden Sie die Tatsache, daß beim U-Bahn-Bau die Verantwortlichen der Stadt Wien keinerlei Maßnahmen treffen, um die U-Bahn auch behinderten Menschen zugänglich zu machen, nicht absolut behindertenfeindlich?
- 2) Finden Sie nicht, daß U-Bahnen generell auch für Behinderte nutzbar gemacht werden müssen?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, daß die U-Bahnen in Wien behindertengerecht gestaltet werden und zukünftige Planungen die Benützung durch Behinderte miteinbeziehen?
- 4) Sehen Sie eine Möglichkeit, in Anbetracht der Tatsache, daß der U-Bahn-Bau auch vom Bund mitfinanziert wird, daß über die finanziellen Zuschüsse die Stadt Wien veranlaßt wird, behindertengerecht zu planen.